

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

21.10.1862 (No. 247)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. Oktober.

N. 247.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Amthlicher Theil.

Karlsruhe, 19. Oktober.

Durch Allerhöchste Ordre vom 17. wird dem Obersten von Billiez, Kommandant des 3. Infanterieregiments, die unterthänig nachgesuchte Erlaubnis ertheilt, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Kron-Orden III. Klasse anzunehmen und tragen zu dürfen.

Nicht-Amthlicher Theil.

Deutscher Handelstag.

München, 18. Okt. (Fünfte Sitzung.) Der deutsche Handelstag hielt heute seine Schlussitzung. Nach Eröffnung derselben, Vormittags 10 Uhr, bringt der Vorsitzende zur Kenntniss der Versammlung, daß auf die telegraphische Mittheilung zweier beim vorgestrigen Banquet auf die Könige Max und Ludwig ausgebrachten Toaste von beiden dankende Antworten, von König Ludwig aus Rom, eingelassen seien. Der Tagesordnung gemäß wird nun zur Spezialdebatte über die Zollvereinigung mit Desterreich übergegangen. Berichterstatter Hurgig empfiehlt nochmals die Resolution des bleibenden Ausschusses: „In der Voraussetzung, daß die Erhaltung des Zollvereins und der Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich sich erzielen läßt, beschließt der Handelstag über das künftige Verhältnis zu Desterreich wie folgt: Die nach dem Verträge vom 19. Febr. 1853 zwischen Desterreich und dem Zollverein bestehenden Verkehrsvereinfachungen sind dahin auszubehnen, daß für die beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie ein zollfreier Verkehr eintrete, wogegen die bisherige Selbständigkeit der beiden Zollgebiete auch ferner erhalten bleibt.“

Die Desterreicher stellen hierzu folgendes, mit 104 Unterschriften versehenes Amendement: „Die österreichischen Vorschläge vom 10. Juli 1862 sind gleichzeitig mit der Erneuerung des Zollvereins, mit der Reform seines Tarifs und mit dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Frankreich von den Regierungen, die österreichische inbegriffen, in Beratung zu ziehen und mit thunlicher Beschleunigung einer endgültigen Erledigung zuzuführen.“

Der Antrag aus Chemnitz schließt sich diesem Amendement an. Dem Dualismus der beiden Großstaaten, der Deutschlands Anheil, könne die Spitze abgedreht werden durch die Vereinigung der materiellen Interessen; es sei daher die möglichste Annäherung an Desterreich zu erstreben.

Strache aus Wien vertheidigt ebenfalls den österreichischen Antrag.

v. Kerstorf aus Augsburg bringt seinen gestern abgelehnten allgemein gehaltenen Antrag, der mit dem österreichischen fast wörtlich zusammenfällt, hier wieder mit der einzigen Abänderung ein, daß statt „ein Handelsvertrag“ gesagt ist „der Handelsvertrag“, und beharrt darauf trotz mehrfacher Aufforderung Seitens des Präsidenten, sich mit dem gleichen, nur in der Fassung fortgesetzten österreichischen Antrag zu vereinigen.

Wiegand aus Breslau vertheidigt den Ausschusstrag und sucht mit statistischen Nachweisungen darzuthun, daß für unsern Export der österreichische Markt gegenüber dem westlichen durchaus ungenügend und unbedeutend sei. Dies sei der Hauptgrund für Annahme des französischen Handelsvertrages, nicht aber politische Sympathie oder Antipathie. Gegen das vom Redner beabsichtigte Vorlesen eines bezüglichen Artikels der „Presse“, und eines Citats aus einer Schrift des Hrn. v. Kerstorf erklärt sich die Versammlung durch mehrfachen Schlußruf.

Mack aus Berlin: Er sei gegen die Zollvereinigung mit Desterreich, weil er sie für unmöglich halte. Die über diese Frage der Versammlung vorliegenden beiden Berichte (von Hurgig und Wertheim) ständen bezüglich der statistischen Angaben unter einander in einem merkwürdigen Widerspruch. Wertheim berechnet den Export an Ganz- und Halbfabrikaten aus dem Zollverein nach Desterreich auf 45 Millionen Thaler, Hurgig auf 12 1/2 Mill. fl. Das sei eine Differenz, die aber die dem Irthum statistischer Berechnung erlaubte Grenze hinausgehe. Wertheim sage in seinem Bericht, der Verkehr habe den Erwartungen nicht entsprochen; Hurgig das Gegentheil. Wertheim gebe an, daß allerdings die Valutaentwertung einen Zollschuß involvire, aber bei der jetzt bevorstehenden Verbesserung des Valutawerths nehme dieser Zollschuß ab, und die österreichische Industrie sei in der ungünstigen Lage einer Entwertung ihrer Waarenlager. Ich frage nun, fährt Redner fort, die Versammlung als Kaufleute: Ist es einladend, nach einem Lande zu exportiren, dessen Waarenlager sich entwerthen? Zur Wiederherstellung der Valuta hat Desterreich noch eine Reihe von Krisen durchzumachen; für den Verkehr aber ist es nicht vortheilhaft, mit einem Lande eine ausschließliche Verbindung einzugehen, welchem solche Krisen bevorstehen. Man sagt, die Zollvereinigungsfrage sei eine Frage der bloßen Verkehrsvereinfachung, und fordert die Freihändler auf, deshalb dafür zu stimmen. Aber was wir Freihändler wollen, ist eine Er-

leichterung des Verkehrs mit allen Völkern, damit die Industrie des deutschen Vaterlandes nicht von den Kalamitäten eines Landes, wie etwa Nordamerika oder Desterreich, abhängig sei. Die Zollvereinigungsfrage ist aber hauptsächlich eine Frage der Handelspolitik. Eine Zollvereinigung ist nur möglich zwischen Staaten, die voraussichtlich gleiche Schicksale haben, nicht aber zwischen zwei Mächten von europäischer Stellung, von denen jede ihre selbständigen Existenzbedingungen und ihre selbständigen finanziellen und materiellen Interessen hat. Die Frage ist auch keine nationale, denn es handelt sich nicht um die Zollvereinigung Gesamtdeutschlands, sondern des Zollvereins mit der österreichischen Gesamtmonarchie. Nehmen wir nicht das unglückselige Verhältnis der deutschen Bundesverfassung, wo zwei widerstrebende Elemente sich behändig neutralisiren, auf die deutsche Handelspolitik aus! Wir werden eine deutsche Zollvereinigung haben, aber nur zugleich mit einer deutschen Verfassung und einem deutschen Parlament! (Bravo.)

Dr. Lehmann aus Hamburg macht darauf aufmerksam, daß der österreichische Antrag und der des Hrn. v. Kerstorf für den zunächst auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand präjudizial seien, abgesehen davon, daß sie dem gestern gefassten Beschlusse widersprechen.

Wertheim aus Wien macht noch einige kurze Bemerkungen bezüglich seines Berichts.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen, worauf noch der Referent Hurgig das Wort ergreift, um nochmals den Ausschusstrag zu vertheidigen.

Der Präsident fordert den Antragsteller v. Kerstorf wiederholt auf, seinen Antrag mit dem österreichischen zu vereinigen; v. Kerstorf besteht aber für den Fall der Ablehnung des österreichischen Antrags auf dem seinigen und verlangt mit Heftigkeit, trotzdem, daß die Debatte schon geschlossen, das Wort, welches ihm aber von dem Präsidenten entzogen wird.

Der österreichische Antrag wird hierauf mit 117 gegen 80 Stimmen abgelehnt, der Ausschusstrag dagegen mit 138 gegen 55 Stimmen angenommen.

Der Zeitersparniß wegen wird nun nach dem Vorschlag des Vorsitzenden zur Wahl der 15 Mitglieder des bleibenden Ausschusses geschritten, und zwar nach Maßgabe des beim vorigen Handelstag eingehaltenen Modus, wonach relative Majorität entscheidet, eine nachmalige Wahl aber stattfinden soll, wenn ein Gewählter nicht wenigstens den vierten Theil aller Stimmen auf sich vereinigt. Ebenso wird der auf Soetbeer's Vorschlag vom vorigen Handelstag gefasste Beschluß, wonach der bleibende Ausschuß sich durch Kooption verhäufen darf, erneuert.

Die Sitzung wird hierauf behufs der Abgabe der Stimmzettel an die erannten sechs Scrutatoren auf zwei Stunden unterbrochen. Nach Wiedereröffnung derselben um halb 3 Uhr wird die Spezialdiskussion über die Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins eröffnet. Berichterstatter v. Sybel konstatirt mit Freude, daß in der ganzen bisherigen Verhandlung sich keine einzige Stimme gegen die Fortdauer des Zollvereins erhoben habe; er begnügt sich daher mit der einfachen Empfehlung des Ausschusstrages. Dieser lautet:

„In Anbetracht, daß die Auflösung des Zollvereins unheilvoll für die sämtlichen ihm angehörigen Staaten sein würde, daß zur Vermeidung der Gefahren, welche so wie jetzt ihm auch künftig drohen könnten, es dringend notwendig erscheint, die Verfassung des Zollvereins schleunigst zu reformiren, daß in Betreff der Richtung dieser Reform der erste Handelstag zu Heidelberg bereits mittelst Beschlusses vom 15. Mai 1861 seine Ansicht zu erkennen gegeben hat, wiederholt der zweite Handelstag seinen früheren Beschluß und übergibt die demselben vorgelegten detaillirten Anträge (Anlagen A und B) den Zollvereins-Regierungen zur schleunigen und eingehenden Erwägung.“

Auch hier bringt v. Kerstorf seinen schon erwähnten allgemeinen Antrag wieder ein, worauf der Präsident ihn damit bis zur Erledigung der Tagesordnung verweist. Da sich Niemand zum Wort meldet, erklärt der Vorsitzende die Debatte für geschlossen.

Berichterstatter v. Sybel mahnt schließlich in eindringlichen Worten, daß die in den Verhandlungen und Beschlüssen hervorgetretene Meinungsverschiedenheit keinen Grund zur Entzweiung bilden dürfe. Der vorhin gefasste Beschluß hindere durchaus nicht, daß die Majorität die wärmsten Sympathien für Desterreich habe. Lassen Sie uns Einigkeit und Zusammengehörigkeit nicht mit den gefassten Beschlüssen beendigt sein! Die Einigkeit und Zusammengehörigkeit kann bestehen, auch wenn die Gegensätze ausgesprochen werden. Bleiben wir einig, trotzdem, daß wir auseinandergehende Beschlüsse gefasst haben. Vergessen wir nicht, daß Majorität und Minorität nur Theile eines Ganzen sind!

Bei der hierauf folgenden Abstimmung über den Ausschusstrag wird derselbe mit 132 gegen 37 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Desterreicher nebst einigen Süddeutschen, unter andern auch Nassau.

Winterstein aus Wien macht darauf aufmerksam, daß von den Desterreichern noch folgendes Amendement eingegeben

war: „Die Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins ist als eine Nothwendigkeit für die Wohlfahrt Deutschlands bei den Verhandlungen der Regierungen als unvertretbares Ziel im Auge zu behalten.“ Nach dem Resultat der letzten Abstimmung sei freilich das Schicksal dieses Antrags nicht zweifelhaft, weshalb er sich mit dieser Bemerkung begnüge. Der Präsident bemerkt entschuldigend, daß hier ein Versehen seinerseits unterlaufen sei, und v. Kerstorf besteht hierauf auf der Abstimmung über seinen Antrag, und da mehrfach darauf aufmerksam gemacht wird, daß dieser Antrag ganz identisch mit dem gestern schon abgelehnten sei, und aus der Versammlung auf Kerstorf's Aufforderung nur Wenige zur Unterstützung des Antrags sich erhoben, die ganze übrige Versammlung aber sich durch lauten Zuruf gegen die Abstimmung erklärt, bemerkt v. Kerstorf: Da uns die Majorität so jede Abstimmung über diesen Antrag unmöglich macht, so ist jedes Wort an sie verloren, und das Schicksal, das uns bisher mit ihr verknüpft, besiegelt. Präsident: Ich glaube nicht, daß das Schicksal des Vaterlandes von diesem Antrag abhängt! (Lautes allseitiges Bravo und schallendes Gelächter.)

Auf Empfehlung von Reuter aus Braunschweig wird sodann, da keine weitere Konkurrenz auftritt, Braunschweig als nächster Versammlungsort unter lebhaftem Beifall angenommen. Wesselsfeld spricht der Stadt München, Doretzling dem Präsidenten den Dank aus, wofür Präsident Hansemann dankend erwidert.

Es wird hierauf das Resultat der Wahl der 15 Mitglieder des bleibenden Ausschusses verkündet.

Gewählt wurden: Hänle von München mit 187 Stimmen, Wertheim von Wien mit 187, Stahlberg von Steyer mit 186, Hansemann von Berlin mit 116, Soetbeer von Hamburg mit 108, v. Sybel von Düsseldorf mit 107, Wiegand von Breslau mit 107, v. Beckerath von Erfeld mit 106, Meier von Bremen mit 104, Behrend von Danzig mit 103, Jordan von Dreidestheim mit 100, Fiebertmann von Berlin mit 100, Wolf von Mannheim mit 99, und Materhofer von Wien mit 90 Stimmen.

Die nächstmeisten Stimmen erhielten Sattler aus Schweinfurt 94, Scherpius aus Frankfurt a. M. 94, Claassen-Kappelmann aus Köln 94, G. Müller aus Stuttgart, Hurgig, Fischer und Finkh. Hansemann lehnt die Wahl ab, da er nach seiner Vergangenheit nicht Beschäftigte ausführen könne, die seiner ganzen Ueberzeugung widerstrebten; er könne und werde nicht Theil nehmen an der Ausführung des französischen Handelsvertrages. Wesselsfeld und Meier bitten, er möge diesen Entschluß im Interesse der Sache zurücknehmen. Behrend aus Danzig schließt sich mit dringenden Worten den Genannten an. So sehr er die Konsequenz Hansemann's ehre, so sei doch im vorliegenden Fall gar kein Konflikt mit der Ueberzeugung zu befürchten. Gerade der betreffende Majoritätsbeschluss über den Handelsvertrag bedürfe gar keiner Ausführung, eine solche werde nur bei dem Beschluß über Zollvereins-Reform nöthig werden; gerade aber hier sei die Mitwirkung Hansemann's gar nicht zu entbehren, denn die Reformvorschläge seien ja sein Werk. Hansemann: So sehr er sich auch geehrt fühle, erlaube es ihm seine Ueberzeugung doch nicht, von dem gefassten Entschlusse abzugehen. Die gefassten Beschlüsse seien weniger handelspolitisch als rein politischer Natur und deren Ausführung widerstrebe entschieden seiner politischen Ueberzeugung.

Materhofer, Hänle und Wertheim lehnen aus ähnlichen Gründen die Wahl ab. Es werden statt der Ablehnenden die mit der nächsthöchsten Stimmenzahl in den Ausschuß genommen nämlich Sattler, Scherpius, Claassen, Kappelmann und Müller, welche die Wahl sowie die Uebrigren annehmen. Präsident Hansemann: Wie weit auch unsere Ansichten auseinandergehen, Einigkeit ist das große Ziel, das uns Allen vorschwebt. Auf diese Einigkeit, auf das Wohl des deutschen Vaterlandes bringe ich ein dreifaches Hoch und schließe damit den zweiten deutschen Handelstag! (Die ganze Versammlung stimmt begeistert ein.) Schluß der Sitzung um 5 Uhr.

Wie man so eben vernimmt, ist v. Beckerath als Präsident des bleibenden Ausschusses gewählt worden.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Okt. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich heute von Baden nach London begeben, um die dortige Ausstellung zu besuchen. Höchstdieselben werden im Anfang des nächsten Monats nach Karlsruhe zurückkehren.

Darmstadt, 18. Okt. Wie das „Nass. Journ.“ vernimmt, hat nun auch die großh. hessische Regierung den Beitritt zum preussisch-französischen Handelsvertrag abgelehnt, und ist die betreffende Erklärung schon zu Anfang dieser Woche nach Berlin abgegangen. [Anderer meinen, die Antwort der großh. hessischen Regierung werde wohl eine ähnliche sein, wie die nassauische, frankfurterische u. s. w.]

Bonn, 17. Okt. (Köln. Z.) Dem von der Universität

präsentirten Mitglied des Herrenhauses, Geh. Rath Brandis, welcher als einer der 17 Gegner des Armin'schen Antrags das Recht und die Verfassung des Landes durch Abstimmung und Erklärung gewahrt hat, wurde von den hiesigen Professoren bei seiner Rückkehr eine Zuschrift überreicht, in der sie ihm „wegen seiner weisen, treuen, männlichen und furchtlosen Haltung in den Verhandlungen des Herrenhauses über die das höchste Interesse des Landes in sich schließende Budgetfrage ihre Anerkennung und volle Zustimmung, ihre Freude und ihren warmen Dank aussprechen.“ Die Adresse trägt, ungeachtet mancher wegen der Ferien Abwesenheit sich nicht beteiligten konnten, 52 Unterschriften. Sogar Prof. Busch, der gegenwärtige Rektor, hat mit unterzeichnet, trotzdem er sich an dem bekannten Proteste bei Gelegenheit der Wahlen nicht beteiligen wollte.

Schwerin, 16. Okt. Das heutige Regierungsblatt bringt die Verordnung vom 10. d., durch welche der diesjährige Landtag auf den 19. Nov. nach Malchin einberufen wird.

Berlin, 18. Okt. Auf die von dem Breslauer „königs- und verfassungstreuen Verein“ überreichte Adresse hat Se. Maj. der König nach den Breslauer Zeitungen folgende Antwort ertheilt:

Es sei in der Adresse ganz richtig der Gesichtspunkt hervorgehoben, daß in Preußen die Gewalten des Staates gegenseitig sich ergänzen müßten; dies sei die Voraussetzung gewesen, unter welcher sein hochseliger Bruder die Verfassung verfaßt habe, und in dieser Zuversicht habe er selbst die Regierung übernommen. Leider sehe er in diesen seinen Erwartungen sich jetzt getäuscht, indem trotz Steuererlass und anderer entgegenkommenden Maßnahmen ein Faktor der Gesetzgebung in Schroffheit verharre, wodurch eine Krisis von schwerer Bedeutung heringebracht sei. Anstatt den Werth der von ihm getroffenen Heeresorganisation nach allen Seiten richtig zu würdigen, habe man in Reden über Verfassungsfragen sich ergangen; aber die eigentlichen Tendenzen, welche auf diese Weise leicht hätten verborgen bleiben können, seien jetzt in Frankfurt und an anderen Orten durch preussische Organe klar zu Tage getreten, und dies sei ein Glück für die Staatsregierung. Denn nun gelte es, gegenüber solchen Tendenzen mit Festigkeit aufzutreten, und er werde dabei bei seiner Heeresorganisation unerschütterlich verharren. Er hoffe zu Gott, daß die öffentliche Anerkennung sich ihm zuwenden und man sich überzeugen werde, wie nur und allein das Wohl des Landes das Richtige hervorbringe, werde auch von ihm nicht verkannt; ergänzende Gesetze seien indessen nicht so leicht herzustellen; daher sei es nach seiner Ueberzeugung der König traut des von Gott ihm verliehenen Rechts, welcher einzutreten und für das Beste des Landes zu sorgen habe. Und dies werde er thun.

Ähnliche Adressen, veranstaltet von der Feudalpartei und ihren politischen Hinterbänken, werden hier täglich übergeben und huldreich aufgenommen. Solche wurden z. B. heute übergeben durch Abordnungen aus dem Riesengebirge und aus den Provinzen Preußen und Westphalen.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Die Ernennung Drouyn de L'Hayes zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich kann von unserm neuen Premier unmöglich mit Befriedigung aufgenommen werden. Der Nachfolger Thouvenel's ist so ausgesprochenermaßen der Anhänger einer freundschaftlichen Politik gegen Oesterreich, daß der preussische Gegner Rechberg's ihn ungern als den Vertreter Frankreichs sehen muß. So ist er denn in der etwas fatalen Lage, gleich in den ersten Wochen seiner Verwaltung eine empfindliche Niederlage im Innern und Aeußern zu erleiden.“

Die Maßregelungen der Presse nehmen ihren Fortgang. Nachdem der Redakteur der „National-Ztg.“, Dr. Zabel, am letzten Mittwoch wegen „Beleidigung eines öffentlichen Beamten“ (des Kriegsministers v. Roon), verurtheilt in zwei Artikeln, zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt worden, wurde Hr. Thiemer, Redakteur der „Berl. Abend-Ztg.“, wegen Abdruck eines Artikels aus dem Wiener „Vaterland“, in welchem eine Beleidigung des Ministeriums und insbesondere des Ministers v. d. Heydt erkannt wurde, zu zehn Tagen Gefängnis verurtheilt. In Düsseldorf wurden am 18. Okt. die in der Expedition noch vorrätigen Nummern der „Niederrhein. Volks-Zeitung“ vom 13. und 15. Oktober unter Verzugnahme auf Art. 100 (Gefährdung des öffentlichen Friedens) und 102 (Beleidigung und Verläumdung in Bezug auf den Beruf) des Strafgesetzbuchs polizeilich in Beschlag genommen. — Wie man der „Elsb. Ztg.“ schreibt, verläutet, das Staatsministerium werde den Etat für 1862 in der angeblich vom Herrenhause reintegrirten ursprünglichen, von der Regierung vorgeschlagenen Ausbehnung in der laufenden Gesetzgebung, wie sonst alljährlich geschehen, veröffentlichen, jedoch unter Vorbehalt der Klausel: „unter Vorbehalt der Genehmigung der beiden Häuser des Landtags“, nach Analogie der Publikation des Etats für 1849, laut allerh. Erlasses vom 27. Dez. 1848.

Für die Frauen und Kinder der in Graudeniz verurtheilten Mannschaften sind Sammlungen in Graudeniz, Elberfeld (Elberfelder Zeitung) und Düsseldorf (N. B. Ztg.) veranstaltet. Aus Graudeniz wird noch gemeldet, daß die Flucht des zu 19 Jahren Festungsstrafe verurtheilten Unteroffiziers Klatt sich nicht bestätigt.

Wien, 18. Okt. Zur Frankfurter Versammlung schreibt die „Presse“ u. A.:

Morgen Abend werden die Mitglieder des österreichischen Abgeordnetenhauses, welche die Einladung zur großdeutschen Versammlung unterzeichnet haben, sowie die nicht dem Abgeordnetenhause angehörigen Unterzeichner dieser Einladung eine Versammlung abhalten, um über das von ihnen in Frankfurt zu vertretende Programm zu berathen. Man scheint zu empfinden, daß das ursprüngliche Programm „kein Deutschland ohne Oesterreich“ doch zu vag und allgemein ist. Uebrigens hören wir allgemein, daß die Unterzeichner der Einladung mit sich darüber einig sind, sich mit der von Oesterreich und sieben andern deutschen Regierungen beantragten Delegirtenversammlung als einer vorläufig genügen Reform des Bundes einverstanden zu erklären. An mehrere außerhalb des Reichsraths stehende Persönlichkeiten in Wien, deren entschieden liberale Gesinnung außer Frage steht, sind in den letzten Tagen aus Frankfurt, Stuttgart, Dresden, Leipzig u. von bekannten großdeutschen Liberalen und Demokraten Anfragen gerichtet worden,

welche eine zahlreiche Beteiligung der demokratischen Partei in Deutschland an der Frankfurter Versammlung in Aussicht stellen, wenn ihre Gesinnungsgenossen in Deutsch-Oesterreich sich bereit erklären, auch ihrerseits in Frankfurt zu erscheinen. Man fordert daher die Deutsch-Oesterreicher auf, sich untereinander zu besprechen und zu erklären, ob und wie stark sie in Frankfurt erscheinen würden, in welchem letzteren Falle alle Anstalten getroffen seien, um eine starke Beteiligung der entschiedensten Liberalen an der Frankfurter Versammlung zu veranlassen.

Die „Presse“ rath ihren Landsleuten dringend zur Beteiligung. Allerdings sei die deutsche Frage für die liberalen Deutsch-Oesterreicher gegenwärtig sehr unbequem, aber damit, daß man sich zurückzieht und zu Allem schweigt, sei auch nichts gethan. Daß ihr Rath nicht überall auf fruchtbaren Boden fällt, geht aus einer Mittheilung aus Graz hervor. Dort fand am 16. d. auf Anregung des Dr. Rehbauer eine vertrauliche Besprechung über die Frage statt, ob sich die Deutsch-Oesterreicher an der Frankfurter Versammlung beteiligen sollten oder nicht. Nach längerer Verhandlung einigte man sich — wie die „Graz. Tagespost“ meldet — dahin, sich nicht zu beteiligen. Zu dieser Besprechung hatten sich die H. Graf Gleispach, Dr. Schreiner, Dr. v. Wasserfall, Rich, Noritz v. Kaiserfeld, Reininghaus, Dömaur, Wilhelm, Dr. Aichmayer u. A. eingefunden.

Wien, 18. Okt. Die „Presse“ schreibt: Zwischen einem feirischen Abgeordneten und einem Minister soll im Abgeordnetenhause heute ein interessantes Gespräch stattgefunden haben. Der Minister bemerkte dem Abgeordneten in humoristischer Weise, daß er sich mit dem in der Grazer Landtagsversammlung (s. ob. Wien) gefaßten Beschlusse, nicht nach Frankfurt zu gehen, keineswegs einverstanden erklären könne. Es sei zu bedauern, daß man sich Frankfurt fernhalte. — Um nach Frankfurt zu gehen, müsse man erst wissen, welchen Standpunkt man dort vertreten könne, erwiderte der Abgeordnete. So lange die Regierung nicht erkläre, daß sie die Februarverfassung modifiziren wolle, können die Deutsch-Oesterreicher in der deutschen Frage nicht Position nehmen. — Die Februarverfassung, soll der Minister geantwortet haben, bleibt wie sie ist. — Dann wäre der Standpunkt in der deutschen Frage einfach der, daß Oesterreich mit seinem ganzen Ländergebiete in den Deutschen Bund treten würde? — Oesterreich, lautete die etwas orakelhafte Antwort, ist schon im Deutschen Bunde, es braucht nicht erst in denselben zu treten. So erzählte man heute in Abgeordnetenkreisen.

Italien.

Turin, 16. Okt., Abends. Wie aus Neapel gemeldet wird, hat eine mobile Kolonne den Bezirk Ariano durchstreift, und Dank der Energie der Truppen und der Nationalgarde ist jene Gegend jetzt von den Briganten befreit. Die Bande Chiavone's hat sich nach Apulien und die Crocco's nach der Basilicata gewandt, während Nino Ranco den Weg nach Ascoli eingeschlagen hat. Von den Bandenführern bleiben jetzt nur noch Sacchitello und Andreotti übrig, welche, da sie beide verwundet und erschöpft sind, es vermuthlich nicht lange mehr treiben werden.

Frankreich.

Paris, 18. Okt. Zahlreiche Mitglieder des Klerus und mehrere der angesehenen Prälaten gaben gestern und heute im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Bistumsarten ab, um Hr. Drouyn de L'Hayes dadurch die Sympathie zu behältigen, mit welcher sie seine Ernennung begrüßen. Sollen die Hoffnungen, welche die konservative und kirchliche oder katholische Partei in einem Ministerwechsel setzten, sich verwirklichen, d. h. soll die römische Frage wirklich durch Hinhaltung einer Lösung gelöst werden, so kann der Rücktritt des Hr. v. Thouvenel wohl nicht vereinzelt bleiben. Denn die römische Frage, wie die genannten Parteien sie auffassen, ist nicht nur eine auswärtige, sondern wesentlich auch eine innere Frage. Darf man den hartnäckig fortbauenden Gerichten glauben, so stünden weitere Kabinettsmodifikationen in der That zu erwarten. Persigny's Rücktritt hängt, wie man versichert, nur noch von der Bestimmung seines Nachfolgers ab, und Hr. v. Lagueronniere (dem jedenfalls ein Portefeuille zugeordnet scheint) wird als Nachfolger des Kultus- und Unterrichtsministers Hr. Rouland genannt.

Der „Patrie“ zufolge wird Hr. Drouyn de L'Hayes in dem an die französischen Agenten im Ausland zu richtenden Rundschreiben auseinanderlegen, daß Frankreich keinem von außen kommenden Druck nachgeben werde noch könne, daß es aber neue Anstrengungen machen werde, um zu der so wünschenswerthen Ausöhnung zwischen den Rechten Italiens und den Interessen des Papstthums zu gelangen. Dasselbe Blatt glaubt beifügen zu können, daß diese Schritte im Vatikan eine den Anforderungen der Sachlage besser entsprechende Aufnahme als bisher finden werden. Diese Version des von Hr. Nigra inspirirten Blattes ist natürlich nur mit Vorsicht aufzunehmen; doch scheint es allerdings, daß man in gewissen (freilich untergeordneten) Punkten wenigstens den französischen Ansprüchen in Rom einige bis jetzt verweigerte Konzessionen machen wird; so, wie ich aus Rom erfahre, die Entlassung des Waffenministers Hr. v. Merode. — Als Nachfolger des Hr. Benedetti in Turin nennt man Hr. v. Sartiges. — Der Hof wird sich am 25. nach Compiegne begeben. — Wie man versichert, sollen Senat und Gesetzgeb. Körper für Mitte Januar einberufen werden. Der Staatsrath, welcher am 20. wieder zusammentritt, wird so gleich mit Prüfung des Budgets für 1864 beginnen. — Die heutige Börse war wenig belebt und die Kurse zeigten nur geringe Veränderungen.

Paris, 19. Okt. Der „Moniteur“ theilt eine Reihe von Veränderungen mit, die unter den Vertretern Frankreichs im Auslande eingetreten sind. Fürst de la Tour d'Auvergne, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister zu Berlin, wurde an Stelle des Marquis v. Lavalette, dessen Entlassung angenommen wurde, zum Gesandten beim hl. Stuhl ernannt. Baron v. Talleyrand-Perigord kommt von Brüssel nach Berlin, Graf v. Sartiges vom

Haag nach Turin (Hr. Benedetti wurde zu andern Funktionen berufen), Hr. Baudin von Stockholm nach dem Haag und Hr. Fournier, Sekretär 1. Klasse nach Stockholm. — Das amtliche Organ veröffentlicht ferner folgendes Schreiben des Kaisers an Hr. Thouvenel:

Saint-Cloud, 15. Oktober 1862.

Lieber Hr. Thouvenel! Im Interesse der Verständigungspolitik selbst, der Sie redlich gebiet haben, mußte ich Sie im Ministerium des Auswärtigen ersehen. Indem ich mich jedoch dazu entschloß, mich von einem Mann, der mir so viele Beweise seiner Ergebenheit gegeben hat, zu trennen, halte ich darauf, ihm zu sagen, daß meine Achtung und mein Vertrauen in ihn sich deshalb keineswegs verringert haben. Ich bin überzeugt, daß ich in allen Stellungen, die Sie einnehmen werden, auf Ihre Einsicht wie auf Ihre Anhänglichkeit rechnen kann, und ich bitte Sie, Ihrerseits stets an meine aufrichtige Freundschaft zu glauben.

Napoleon.

Der „Moniteur“ zeigt an, daß Baron v. André mit der Direktion des Kabinetts und des Sekretariats im Departement des Auswärtigen beauftragt worden ist.

Die „France“ tritt der Ansicht entschieden entgegen, als habe keine Veränderung in der Politik stattgefunden. Sie bemerkt:

Wenn Hr. Thouvenel seine Entlassung genommen hat, so geschah es nur deshalb, weil er seinen Tendenzen in der auswärtigen Politik keine Geltung verschaffen konnte. Wenn Hr. v. La Balette und Hr. Benedetti erzeigt wurden, so geschah es aus dem Grunde, weil sie sich zu eng der Politik ihres Chefs in der Frage, die seinen Rücktritt motivirte, angeschlossen hatten. Dies ist die Wahrheit. Sie ehrt ebenso Hr. Thouvenel, wie Hr. v. La Balette und Hr. Benedetti. Sie stimmen darin überein, aus der Politik des Kaisers gewisse Folgen zu ziehen, welche dieselbe nicht zuließe. Sie zogen sich zusammen zurück. Eine Entstellung dieser Verhältnisse wird nicht gelingen; die öffentliche Meinung begreift sie, nimmt sie an, und findet in ihnen einen Grund des Vertrauens in die Politik der Regierung und der Achtung für den alten Minister, der, einzig mit dem Kaiser über die Prinzipien unserer diplomatischen Aktion, deren Zweck und Resultate von einem Gesichtspunkte aus bestimmte, welcher nicht angenommen wurde.

Der „Constitutionnel“ seinerseits findet sich unsicher in die neue Lage hinein, indem er sich über die obwaltenden Schwierigkeiten durch die Versicherung hinwegsetzt, daß die jetzige Politik die gleiche sein werde wie die frühere; die kirchlichen Blätter insonderheit hätten keinen Grund, zu triumphiren. Dasselbe Blatt sagt über den Handelsvertrag:

Von zwei Dingen eines: entweder kann Oesterreich, vom Standpunkte seiner volkswirtschaftlichen Interessen, den Vertrag nicht annehmen, und dann kann es nicht verlangen, daß Preußen und das übrige Deutschland ihre Interessen den seinigen unterordnen, oder Oesterreich kann auf diesen Tarif eingehen, und in diesem Falle glauben wir, wird es Preußen, wie Frankreich, geneigt finden, auf einer solchen Basis mit ihm zu unterhandeln. Es hat aber nicht das Recht, mehr zu verlangen, und aus Raune oder politischem Groll den staatswirtschaftlichen Fortschritt von Zentraleuropa aufzuhalten.

Großbritannien.

London, 17. Okt. Reaktion überall! sagen die hiesigen Liberalen; Reaktion in Berlin und Paris; nun fehlt nur noch Wien als Dritter im Bunde, und der ganze Kontinent steht auf demselben Fleck, wie vor zehn Jahren. Die französische Ministerkrisis erregt unter den Freunden Italiens begreiflicher Weise größere Sensation, als die Gesfahren der preussischen Verfassung. Unter den Blättern, die sich heute mit diesem neuesten Ereigniß beschäftigen, spricht die „Post“, als älteste Freundin Napoleons und der französischen Allianz, mit größter Mäßigung und Rücksicht. Nachdem sie den persönlichen Vortug der beiden Staatsmänner (Thouvenel und Drouyn de L'Hayes) das gebührende Lob gespendet, sagt sie:

Die Berufung des Hr. Drouyn de L'Hayes in den Rath des Kaisers ist ein Ereigniß von wahrhaftig folgenreicher Bedeutung für Frankreich, Italien und Europa. Es zeigt, zum ersten Mal seit dem Friedensschluß von Villafranca, einen entschiedenen und eingehenden Umschwung in den kaiserlichen Rathschlüssen und eine Umkehr zu der Politik, die durch jene Uebereinkunft ausgeübt werden sollte. Es steht im Widerspruch mit den neulichen Erklärungen des Kaisers selber, und mit dem Ton der Depeschen, die das amtliche Organ der französischen Regierung jüngst erst der Welt zu lesen gab. Es wäre ein Unglück, wenn sich herausstellen sollte, daß gewichtige europäische Interessen den Ränken einer Camarilla zum Opfer gefallen sind, und wenn der Kaiser seinen Ruhm und seine gerechten Ansprüche auf die Dankbarkeit Italiens sich verkleinern ließe, aus Furcht vor dem Kampf mit einer kirchlichen Opposition, die gewiß im Verhältnis zu der Strafslosigkeit, die man ihr zu Theil werden läßt, lässlich böswilliger werden wird.

„Daily News“ behandelt den neuen französischen Minister des Auswärtigen ebenfalls mit Achtung, so weit von seinem persönlichen Charakter die Rede ist; aber von den Tendenzen, die den Ministerwechsel diktiert haben, spricht es mit Bitterkeit, z. B.:

So geht es bei einer „persönlichen Regierung“. Nicht unsere Schuld ist es, wenn ihr Thun und Lassen nur durch Persönlichkeiten erklärt werden kann. ... Hoffentlich — heißt es im weiteren Verlauf des Artikels — werden auch Hr. Thouvenel's Kollegen austreten. Diese Minister werden sich um Frankreich, um die öffentliche Meinung und Europa verdient machen, wenn sie gegen sich selbst gerecht sind, und sich weigern, einer organisirten Verschwörung (!) gegen den Frieden und die Freiheiten der Menschheit ihre Namen zu leihen.

Aber selbst aus dem liberalen Lager lassen sich andere Stimmen hören. Der „Globe“ z. B. glaubt, daß der Kaiser vielleicht nur die neuen Minister zur Vertretung einer Uebergangsperiode braucht, die schneller, als den Feinden Italiens lieb sein wird, ihr Ende erreicht haben dürfte. Und der „Star“ ist so sanguinisch, so sagen, er erwarte keine Aenderung im Charakter der französischen Politik gegen Italien. Die politischen Nothwendigkeiten, die eine Lösung der römischen Frage verlangen, werden zu Hr. Drouyn de L'Hayes eben so laut wie zu Hr. Thouvenel sprechen, und ihre Forderungen werden zuletzt eine gebieterische Kraft erlangen, gleichviel, ob dieser oder jener Minister dem auswärtigen Amt vorsehe.

Auch der Kriegsminister Sir Cornwall Lewis hat sich über Amerika vernehmen lassen, und zwar von dem Ackerbau-Verein in Hersford. Er wies darauf hin, daß die

Regierung keine andere Stellung habe einnehmen können, als die der Neutralität, und fuhr dann fort:

Wohl beklagte sich die Regierung in Washington über die Anerkennung des Südens als kriegsführende Macht, und wollte darin einen Bruch der Neutralität erblicken. Gewiss mit Unrecht. Denn berücksichtige man die großen Armeen, welche der Süden aufgestellt, die Lichtigkeit seiner Generale, und die Energie der Kriegführung, dann müßte man billig gestehen, daß sich in der englischen Sprache für den Süden keine andere Benennung als die der „kriegsführenden Partei“ auffinden lasse. Sollte jedoch die Regierung aufgefordert werden, einen Schritt weiter zu gehen und die Erklärung abzugeben, daß die südlichen Staaten sich bereits als unabhängige Mächte konstituiert haben, dann würde die Regierung das Völkerrecht, so viel ihm scheint, nicht mehr auf seiner Seite haben. Denn aus den amerikanischen Berichten gehe klar hervor, daß dieser Krieg, den der Norden zur Wiederherstellung der Union, und der Süden zur Erlangung seiner Unabhängigkeit führe, noch durchaus unentschieden sei. So lange jener nicht gezwungen ist, die Selbständigkeit des Südens anzuerkennen, oder so lange das Ausland die Ueberzeugung nicht gewonnen hat, daß der Norden aus Erschöpfung den Krieg nicht länger fortsetzen könne, so lange werde seiner Ansicht nach eine Anerkennung der Unabhängigkeit des Südens sich vom völkerrechtlichen Standpunkte nicht rechtfertigen lassen. Ob der Süden schließlich seine Unabhängigkeit erringen werde, wie die Majorität in England es glaubt, oder nicht, darüber wolle er sich jeder individuellen Meinungsäußerung enthalten.

Karl Blind hat im Namen zahlreicher deutscher Freunde eine Adresse an Garibaldi gerichtet, die in englischen Blättern zu lesen ist.

London, 18. Okt., Morgens. Das Reutersche Bureau spricht von einer Depesche Carl Russells vom 24. Sept., in welcher der englische Minister des Auswärtigen sich gegen eine gemeinschaftliche Verfassung für Dänemark und Schleswig ausspricht. Die Antwort der dänischen Regierung lehnt die neuen Vorschläge Carl Russells entschieden ab.

Amerika.

Neu-York, 7. Okt., Abends. Nach den neuesten amtlichen Berichten aus Korinth sind die Südlings 5 Meilen weit über den Hatziesfluß gegen Korinth zurückgetrieben worden. Rosenkrantz meldet, daß der Feind vollständig gesprengt sei, Alles auf seiner Flucht wegwerfend, und daß die Unionisten ihm scharf nachjagen. Die Südlings haben Francfort in Kentucky geräumt. Die Unionisten rücken gegen Francfort vor. Die Majorität des Ausschusses im Senat des Südbundes hat zu Gunsten folgender Beschlußfassungen Bericht abgefasst:

Vom 1. Januar 1863 an sollen alle gefangenen unionistischen Offiziere oder Unteroffiziere zu Zwangsarbeit angehalten werden, bis der Krieg beendet ist oder bis Präsident Lincoln seine Emanzipationsproklamation widerrufen hat. Jene unionistischen weißen Offiziere, welche Nezer zum militärischen Kampf gegen die Südlings einlösen oder anführen, oder welche Sklaven zur Empörung anstiften oder kraft Lincoln's Proklamation denselben die Freiheit geben wollen, sollen, wenn sie in Gefangenschaft gerathen, den Tod erleiden. Präsident Davis ist ermächtigt, weitere, ihm zweckmäßig erscheinende Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen.

Der Bericht der Minorität bestand aus einem Vernichtungskrieg gegen alle ins Land fallenden Feinde. Andere Resolutionen wurden vorgeschlagen, z. B. den Regern Belohnungen für die Tödtung jedes offenen Feindes zu versprechen, und das Gesetz zu erlassen, daß jeder Offizier oder Soldat, der gefälschtes südstaatliches Geld in Umlauf setzt, vor ein Kriegsgericht gestellt und hingerichtet werden soll. Lincoln ist nach Washington zurückgekehrt. Er reiste durch Frederick in Maryland, und hielt an die Einwohner zwei unbedeutende Reden, die jedoch viel Enthusiasmus erregten.

Neu-York, 8. Okt. Die Südstaatlichen bewegen sich, wie man meldet, über den Rappahannock gegen die Manassas-Gap-Eisenbahn zu, und haben Warrentown und Briflow in Besitz genommen. In Brooklyn fand ein enthusiastisches republikanisches Meeting statt. Die angenommenen Resolutionen erklärten sich unbedingt für Lincoln's Emanzipationsproklamation, und beschworen die Regierung, Garibaldi's Dienste anzunehmen. Hr. Cassius M. Clay griff die Demokraten an und alle diejenigen, welche die Union wünschen, wie sie war. Er zog ferner gegen England zu Felde, und sprach seine tiefe Bewunderung für Frankreich und Rußland aus.

Neu-York, 8. Okt. (Per „Scotia“.) Die Südstaatlichen unter den Generalen Price, van Dorn und Powell griffen in Korinth (Mississippi) eine Abtheilung der Armee des Generals Ulysses Grant an, welche am 4. Okt. von General Rosenkrantz kommandirt wurde. Die Schlacht dauerte bis Samstag Abend, als die Südlings sich zurückzogen, nach Angabe der Unionisten mit einem Verlust von beinahe 1000 Gefangenen, ohne die Getödteten und Verwundeten. Der Verlust der Südlings soll sehr bedeutend sein, besonders an Offizieren. General Grant führt nicht an, daß der Sieg entscheidend war, sondern telegraphirt bloß an den Kriegsminister, daß der Feind nur mit Verlust von Allem, ausgenommen die Seitengewehre, habe entkommen können. Die Schlacht wurde am Sonntag erneuert. Die Unionisten schreiben sich den Sieg zu.

Die Richmonder Blätter behaupten, daß die Generale Lee und Jackson dem General McClellan unverzüglich eine Schlacht anbieten werden, um nachher ein zweites Mal in Maryland einzufallen. Die telegraphischen Berichte aus Kentucky sind noch immer verworren und widersprechen einander. Man glaubt, daß sich in jener Gegend wichtige Ereignisse begeben haben, die dem Publikum nicht bekannt gemacht worden sind. Das gelbe Fieber nimmt in Wilmington (Nordkarolina) noch immer überhand. Im Staate New-York ist die Konstriktion wieder verschoben. Der Staat ist mit 40,000 Mann und Massachusetts mit 19,000 Mann im Rückstand. In Maine wurde die Konstriktion dem Namen nach durchgeführt, aber jeder Konstriktirte durfte sich einen Freiwilligen nehmen, und erhielt das übliche Handgeld. In den andern Neu-Englandstaaten wurden die Kontingente durch freiwillige Anwerbungen ausgefüllt.

In Virginien hat die Gesetzgebung des Staates die Beschlußfassung angenommen: „Wenn ein Bürger irgend einen Bewaffneten oder Unbewaffneten, der Lincoln's „teufelische Emanzipationsproklamation“ in irgend einer Weise zu fördern sucht, todtschlägt oder aus dem Staate treibt, so soll besagter Bürger dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden.“ Am Montag 6. d. sprach Karl Sumner vor einem zahlreichen Meeting für den Krieg und für Abschaffung der Sklaverei. Francis Train versuchte über die Sklavereifrage gegen Sumner zu sprechen. Man wollte ihn nicht hören und ließ ihn zuletzt durch die Polizei fortjagen. McClellan hat einen Armeebefehl auf Anlaß der Proklamation des Präsidenten erlassen. Er ermahnt darin die Armee, daß der Soldat keine andere Schuldigkeit habe, als der bürgerlichen Regierung gehorsam zu sein, und daß daher jede Diskussion über die Proklamation des Präsidenten unsittlich sei.

Die meisten Blätter veröffentlichen außerdem folgende Telegramme:

Neu-York, 6. Okt., Abends. Die Südlings unter Price und van Dorn griffen am 3. bei Korinth den Unionsgeneral Rosenkrantz an. Sie waren, wie man glaubt, 40,000 Mann stark. Der Kampf dauerte zwei Tage. Rosenkrantz sagt in seinem amtlichen Bericht vom 5.: Der Feind ist in vollen Rückzuge begriffen, und läßt seine Todten und Verwundeten auf dem Schlachtfelde zurück. Der Verlust ist auf nördlicher Seite bedeutend, namentlich an Offizieren, ist aber mit dem des Feindes nicht zu vergleichen. Wir haben 700 Gefangene gemacht.

Baden.

Karlsruhe, 19. Okt. Es ist natürlich, daß die deutsche Nation mit dem wiederanschenden und immer energischer hervortretenden Nationalgefühl sich auch desjenigen Tages wieder lebhafter erinnert, welcher der eigentliche Wiederaufstehungstag unserer Nation ist, der daher mit Recht der „Tag aller Deutschen“ genannt worden ist. Die Reaktion der zwanziger Jahre hatte die Freundschaft ausgelöscht, welche in den ersten Jahren nach der Leipziger Völkerschlacht am 18. Oktober auf allen Höhen Deutschlands flammte, und die nachfolgende Abspannung sowohl, wie die eben durch die Reaktion hervorgerufene einseitige Freiechtigung des politischen Bewusstseins der späteren Jahre war nicht dazu angehan, sie wieder zu entzünden. Erst als in neuerer Zeit mit den freisinnigen Bestrebungen der Gebante der Einheit des Vaterlandes wieder alle Herzen zu erfüllen begann, mußte auch die Erinnerung an jene große Nationalthat wieder in den Vordergrund treten, deren höchste Verehrung immer noch das oberste Ziel aller unserer patriotischen Wünsche und Bestrebungen bildet.

Auch hier wurde der 18. Oktober würdig gefeiert. Die Anregung dazu ging von dem hiesigen Mitgliedern des Nationalvereins aus, und gern schlossen sich die zahlreichen jüngeren Vereine, an welche der Ruf zunächst ergangen war, an. Auch der Gemeinderath war vertreten; ebenso betheiligte sich eine Anzahl patriotischer Männer mittleren und älteren Lebensalters, die keinem Vereine angehören. Abends 8 Uhr bewegte sich ein imposanter Fackelzug, die Musik voran, von dem Durlacher Thor durch die Langestraße und Karlsstraße nach der Geiger'schen Bierhalle, der größten hiesigen Lokalität für eine solche Festlichkeit. Der große Raum konnte die Zahl der Teilnehmer kaum fassen, die über den geistigen Genüssen gern die Frugalität Dessen vergaßen, was den leiblichen Bedürfnissen diene. In der That machte eine Reihe von Ansprachen und Gesangsvorträgen den Abend zu einem höchst genussreichen und patriotisch erhebenden.

Das erste Hoch, ausgebracht von dem Vorstande eines hiesigen Turnvereins, Hr. J. u. er, galt selbstverständlich dem erhabenen Landesherrn, der ein Freund, Beschützer und Förderer ist jeder vaterländischen Bewegung. Darauf sprach in einstimmigem Vortrage Hr. Adoofat Lewinger über die Bedeutung der denkwürdigen Völkerschlacht, den Geist, der die verbündeten Heere befehlte, die Ereignisse, die weiter gefolgt, die Neugestaltung Deutschlands im Jahr 1813, die traurige Zeit des „Mettelnich'schen Systems“, mit dem die Hoffnung der deutschen Nation erludirt worden, den Aufschwung der Freiheit in den 30er Jahren, die politischen Irrthümer, Täuschungen und Rückschläge, die das letzte Lebensalter mit sich geführt, das Aufsteigen einer neuen, gereifteren, mit der Freiheit zugleich die nationale Einheit und den sozialen Fortschritt anstrebenden Aera, die nirgendwo entschiedener in ihrer ganzen Eigenheit hervortrete, als in unserm engeren Vaterlande. Daran knüpfte Redner Erörterungen über die Bedingungen und Verpflichtungen, welche die neue Lage Allen auferlege, — in eindringlichen und wahrhaft belehrenden Worten auch den jungen Männern der Arbeit auseinanderlegend, was nimmeh, wo bei uns die alten Schranken, die den bürgerlichen Gewerksinn engeengt, gefallen sind, an jeglicher Lichtigkeit von jedem Einzelnen von ihnen verlangt werde, wenn er auf der geöffneten Bahn mit den Andern gleichen Schritt halten oder sie überholen wolle. Eine Art Vision auf das hundertjährige Jubiläum der Leipziger Schlacht, wo Redner die großen Kämpfe innerhalb des deutschen Volkes, sowie zwischen den europäischen Nationalitäten ausgemalpt und an ihrer Stelle den Wettkampf des Geistes und der Künste des Friedens sieht, bildete den Schluß der patriotischen, an Streitsüchten nach allen Richtungen reichen Rede, die mit weit hinausfallendem Beifall aufgenommen wurde.

Der zweite Redner, Hr. Postkapitler K r a s t e l, verbreitete sich in schwingvollem, von poetischem Hauche angewehtem und jugendlichem Feuer durchglänztem Vortrage über die Bedeutung der Leipziger Schlacht, Gesinnung, Wort und Ausdruck waren im Einklang und erweckten einen durchaus günstigen Eindruck von dem auch von der Bühne her vorthellhaft bekannten jungen Künstler. Darauf erhob sich Hr. Vergrath W a l d e n e r und illustrierte an seinen eigenen Lebensnissen jenes von einem andern Redner bereits geschilderte System, welches sich mit Beginn der Restauration auf ein Menschenalter hin wie eine Kiste über alles deutsche Land lagerte, schließlich noch unter allgemeiner Zustimmung ein häßliches Uebelthier ablenzend, was jüngst ein Gelehrter (Hr. Daniel) über Badens Land und Zustände in einem wissenschaftlichen Werke ausgesprochen hat.

Auf ihn folgte Hr. Prof. L u o w i g C a r d t, schon bei seinem Erscheinen auf der Rednerbühne mit lebhaften Affirmationen begrüßt, um in sichvollen Worten das Verhältnis der Deutschösterreicher zu der deutschen Frage auseinanderzusetzen. Er bezeichnete als den Kern der Sache das Doppelverhältnis dieses deutschen Stammes einerseits zu Deutschland, andererseits zu den nichtdeutschen Stämmen Oesterreichs, aus welcher sich die peinvolle Alternative ergebe, entweder sich für die Brüder in Deutschland und damit für eine Scheidegrenze an der Leitha zu entscheiden, oder für das Zusammengehen mit denjenigen außerhalb des deutschen Bundesgebietes wohnenden fremden Nationalitäten, welche Geschichte, Schicksal und ein vielfertigtes Interesse mit ihnen zu einem Staatsganzem

vereinigt hat, und dann auf die Stellung in Deutschland zu verzichten. Da werde die Entscheidung schwer, und so selbstbewußt lauch das deutsche Element in Deutsch-Oesterreich sei — namentlich bei der Jugend — so fehle es doch noch an einer kräftigen, organisierten und auf die Entscheidung drängenden deutschen Partei. Daß sie entstehen möge, war der Wunsch, mit dem Redner schloß, der — wie wir kaum bezweifeln brauchen — eine reiche Beifallsgarbe erntete.

Zwischenredern traten noch verschiedene Redner auf und erklangen die patriotischen Gesänge der Singvereine. Es verdient namentlich noch hervorgehoben zu werden, daß auch bei der lebhaftesten Wärme der Sprecher keinerlei Feindseligkeit gegen andere Nationen zu Tage trat, ja daß mehrere z. B. die sogenannte Franzosenfesterei entschieden von sich wiesen. Das Fest selbst dauerte bis tief in die Nacht hinein und die gehobene patriotische Stimmung, die dasselbe beherrschte, wurde durch keinen Mißton gestört. Der Unbetheiligte und gewiß auch die Betheiligten hatten nur zu bewundern, daß einer der hiesigen Turnvereine, der der Fackelzug mitmachte und ebenfalls den Abend festlich beging, dies nicht in Gemeinschaft mit den andern versammelten Vereinen, sondern abgefordert für sich that. Es steht uns nicht zu, über die Gründe dieser Sonderstellung uns zu verbreiten; wir haben schließlich eben nur das Bedauern darüber aussprechen wollen, daß es stattfand, und daß wir über dieses Separatfest, das in seiner Art immerhin ein Abbild des großen gewesen sein wird, nicht zu berichten vermögen, da man nicht zu gleicher Zeit an zwei verschiedenen Orten sein kann.

Durlach, 20. Okt. Nachdem wir vor wenigen Wochen eine bedeutende Feuerbrunst gehabt, bei welcher ein von einer großen Anzahl armer Familien bewohntes Gebäude eingeschert wurde, und in Folge des Einsturzes einer Mauer mehrere nicht unerhebliche Verletzungen vorfielen; nachdem bald darauf ein Brand beim Ausbruch noch glücklicher erlosch, löste gestern Abend nach 8 Uhr abermals Feuer in der durch unsere Straßen. Es brannte in einem Dekonomiegebäude zunächst bei der Kirche. Durch schnell geleistete energische Hilfe wurde der Brand größtentheils auf das ergriffene Gebäude beschränkt. Bei späterem Ausbruch in der Nacht wäre unermessliches Unglück entstanden. Die Entstehungsart ist noch nicht ermittelt.

Bruchsal, 18. Okt. Neujahr's Bernehmen nach wurde zum Präsidenten für die vierte Quartalsitzung des mittelhessischen Schwurgerichts Hr. Hofgerichts-Rath B r a u e r und zu dessen Stellvertreter im Fall der Verhinderung Hr. Hofgerichts-Rath Dr. Buchelt ernannt.

Heidelberg, 20. Okt. Zur feierlichen Eröffnung unserer D e n w a l d b a h n, welche künftigen Mittwoch (22. Okt.) stattfinden, erwarten wir zahlreiche Gäste aus Karlsruhe und Mannheim. Es sind an Theilnehmende bereits über 500 Karten ausgetheilt. Schon am folgenden Tag, 23. Oktober, nicht erst am 1. Nov., wie einige Blätter berichteten, wird die Bahn dem öffentlichen Verkehr übergeben, was dem Publikum um so erwünschter ist, als wir gerade Messe haben, wozu hauptsächlich der vorbere Denkmale die Mehrzahl der Käufer fenbet.

Vom Neckar, 19. Okt. Sicheren Privatnachrichten zufolge nehmen die Beratungen über die gemeinsame deutsche Prozeßgesetzgebung einen sehr geüblichen Verlauf, indem allseits der Wunsch und der Wille vorwaltet, recht bald dies wichtige Werk zu vollenden. Demungeachtet ist nicht zu hoffen, daß auch nur die Beratungen über das ordentliche Verfahren vor Ende dieses Jahres im Schoße der Kommission beendet sein werden. Dann wird deren Arbeit noch von den einzelnen, zu Hannover vertretenen Regierungen geprüft werden und die etwa gestellten Änderungsanträge müssen zu wiederholten Beratungen der Kommission führen. Bis also auch nur dieser eine Theil in zweiter oder dritter Lesung endgültig festgesetzt sein wird, dürfte Jahr und Tag vergehen, und selbst im günstigsten Falle wird es bis zur Vollendung des ganzen Werkes der Kommission einiger Jahre bedürfen. Bedenkt man nun weiter, daß gleichzeitig über denselben Gegenstand zu Berlin und Weimar Beratungen stattfinden, so sieht man, daß für das Zustandekommen eines allgemeinen deutschen Prozeßgesetzes noch auf lange hinaus wenig Aussicht ist.

Baden, 19. Okt. Auch in unserer, vorzugeweise katholischen Väterstadt ist ein lebhaftes Interesse für das dem Herrn Heinrich v. W e s s e n b e r g in der Stadt Konstantz zu errichtende Denkmal erwacht. Der erleuchtete fromme Kirchenprälat und mutige deutsche Patriot zählt in unserer Stadt, wo er früher öfter sich aufzuhalten pflegte, viele dankbare Verehrer und Anhänger seiner echt christlichen Bestrebungen. Unser Bürgermeister mit dem Gemeinderath hat sich an die Spitze der Sammlung gestellt, die in erfreulichem Fortgang begriffen ist.

Vermischte Nachrichten.

Trief, 10. Okt. (D. Bl.) Der Leutnant und Bataillonsadjutant des in Görz stationirten Infanterieregiments Erzherzog Rainer, S i e g e r t, hatte sich von seinen Vorgesetzten einen kurzen Urlaub nach Trief erbitten, um dort eine ihm schon aus früherer Zeit bekannte Familie zu besuchen. Hier traf er einen griechischen Marineoffizier, dessen Eifersucht durch Sieger's Besuch in so hohem Grad gereizt wurde, daß er ihm einen in den beleidigendsten Ausdrücken abgefaßten Brief zusandte, dessen natürliche Folge nach den in der Armee herrschenden Gesetzen der Ehre eine sofortige Herausforderung war. Da aber der Grieche einen gelähmten Arm hatte, so wurde das sogenannte amerikanische Duell beliebt, und leider zog der unglückliche Sieger das Todesloos aus der Urne, das ihm die Verpflichtung auferlegte, sich binnen 24 Stunden zu erschießen. Ein zurückgelassenes Schreiben des Armen enthielt alle diese Umstände, mit der weiteren Angabe, daß er zufrieden sei, als Ehrenmann zu sterben, und daß man seine Leiche in der Bucht von Muggia finden werde. In der That ist Sieger seit jenem Tag verschwunden, und bis jetzt konnte keine Spur von ihm gefunden werden.

Schaffhausen. Stein am Rhein, welches sich hartnäckig für die Herstellung einer Zweigbahn nach Singen bemüht, hat beschloffen, aus dem Stadtfiskus 200,000 Fr. unverzinslich für dieses Unternehmen zu verwenden und 150,000 Fr. in Aktien zu nehmen. Weiteres soll durch Privataktien aufgebracht werden, und hofft man auch von der Beihilfe des Staates.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 21. Okt. 4. Quartal. 113. Abonnementsvorstellung. **Minna von Barnhelm, oder: das Soldatenglück;** Lustspiel in 4 Akten, von Lessing.

